



Isabel Cademartori
Mitglied des Deutschen Bundestages
Verkehrspolitische Sprecherin

Isabel Cademartori MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau Melis Sekmen MdB
Herrn Konrad Stockmeier MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 29. Januar 2025

Offener Brief zu anstehenden Abstimmungen zur Migrationspolitik

Sehr geehrte Frau Sekmen, liebe Melis,

Sehr geehrter Herr Stockmeier, lieber Konrad,

diesen Mittwoch kommt es nach dem Willen des Kanzlerkandidaten der Union, Friedrich Merz, zum ersten Mal seit der Zeit des Nationalsozialismus zu einer Mehrheit im höchsten deutschen Parlament durch Rechtsextreme. Im Wissen um die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag und im Wissen darum, dass seine Mehrheit nur durch die Unterstützung von Rechtsextremen entsteht, plant Friedrich Merz diese Woche, Anträge zu Migrationspolitik einzubringen. Unter vielen aus praktischen und europarechtlichen Gründen sehr problematischen Forderungen, gegen die sich beide christlichen Kirchen zuletzt gestellt haben, enthalten die Anträge Forderungen, die das individuelle Recht auf Asyl de facto außer Kraft setzen – ob für einen russischen Kremlkritiker, eine iranische Frauenrechtlerin oder einen chinesischen Menschenrechtsaktivisten – der individuelle Schutzanspruch wird nach diesen Vorschlägen nicht einmal mehr geprüft werden. Sicherlich wisst ihr, dass das Recht auf Asyl, eine Lehre aus der Zeit der Nationalsozialismus, auf Betreiben des Mannheimer Bundestagabgeordneten und „Vaters des Grundgesetzes“ Carlo Schmid Eingang ins Grundgesetz gefunden hat. Gerade als Mannheimer Abgeordnete sollten wir sorgsam mit diesem Erbe umgehen.

Wenn man Anträge einbringt, hat man keinen Einfluss darauf, wer ihnen zustimmt. Bisher war es aber gute Tradition unter Demokraten, Anträge dann nicht einzubringen, wenn die AfD ausschlaggebend für die Mehrheit sein könnte. Genau deshalb kündigte Herr Merz bei seiner Rede im Bundestag am 13.11.2024 an, vor der Aufsetzung eines Tagesordnungspunkts stets das Gespräch mit den demokratischen Parteien zu suchen. Um zu verhindern, „dass auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt.“ (Zitat aus dem Protokoll des Deutschen Bundestags vom 13.11.2024).



Das ist das Vorgehen, auf das sich die CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD geeinigt haben. Diese Zusage hat die Union einseitig aufgekündigt. Und das halte ich für eine große Gefahr.

Auch in unserem Wahlkreis Mannheim und im Mannheimer Gemeinderat haben wir eine bewährte Praxis, keine Mehrheiten mit Rechtsextremen zu suchen oder in Kauf zu nehmen, sondern uns in der demokratischen Mitte auf gemeinsame Ziele und Schritte zu verständigen. Vor einem Jahr standen wir gemeinsam mit 20 000 Mannheimerinnen und Mannheimer gegen Rechts und gegen die sogenannten Remigrationspläne der AfD auf dem Alten Messplatz in Mannheim.

Wir alle sind zutiefst entsetzt angesichts der schrecklichen Tat von Aschaffenburg. Sie ziehen Ihre politischen Schlüsse daraus und ich meine. Und dass wir zunächst nicht darin einig sind, ist zwar manchmal schmerzhaft und sorgt bei Euch wie bei mir für Kopfschütteln und vielleicht auch Unverständnis. Das ist jedoch legitim und normaler Bestandteil unserer demokratischen Auseinandersetzung. Der weiteren Auseinandersetzung über den richtigen Weg für unser Land müssen wir uns gemeinsam stellen. Aber niemals – wirklich niemals – dürfen Rechtsextreme bei einer Abstimmung im Bundestag das Zünglein an der Waage sein. Bitte beachtet das in Eurem Abstimmungsverhalten. Es steht sehr viel auf dem Spiel.

Mit besten Grüßen

Isabel Cademartori